

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

48. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 1 · 31. Januar 2017

Anschlag in Berlin

Der Anschlag in Berlin hat auch in Nordrhein-Westfalen eine kontroverse Debatte ausgelöst. In der Plenarsitzung debattierten die Abgeordneten nach einer Unterrichtung der Landesregierung. S. 3

Internet an Schulen

Die Abgeordneten berieten in einer Aktuellen Stunde über die Verfügbarkeit von schnellem Internet an den Schulen des Landes. Die Diskussion war von der CDU-Fraktion beantragt worden. S. 4

Forschung in NRW

Wie steht es um das Forschungsland Nordrhein-Westfalen? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Unterrichtung durch die Landesregierung und einer anschließenden Debatte des Landtags. S. 5

Schuldenbremse

Sachverständige haben sich in einer Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Umsetzung der sogenannten Schuldenbremse in das nordrhein-westfälische Landesrecht geäußert. S. 9

Rhein, Ross und Rose 70 Jahre Lippe in NRW



Anschlag und Aufklärung

Der Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin mit vielen Toten und Verletzten hat kurz vor Weihnachten ganz Deutschland geschockt. Es war der schlimmste islamistische Terrorakt in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Spuren des Attentäters führen auch nach NRW und die Aufklärung des Falls beschäftigt jetzt den Landtag: Im Innenausschuss und im Plenum sind die Abgeordneten der Arbeit der Ermittlungsbehörden nachgegangen: Was wussten Polizei und Verfassungsschutz über den Attentäter? Warum konnte der Anschlag trotz vieler Verdachtsmomente ausgeübt werden? Und wie können Bürgerinnen und Bürger in Zukunft besser geschützt werden? (Seite 3)

Zukunftsfragen

Um Zukunftsfragen drehten sich zwei weitere Debatten im Plenum: Die Landesregierung berichtete über den Status quo sowie die Ausrichtung der Forschung in Nordrhein-Westfalen (Seite 5) und in einer Aktuellen Stunde ging es um schnelle Internetanschlüsse für die Schulen im Land (Seite 4).

Der Bund hat die Bundesländer über das Grundgesetz in die Pflicht genommen: Ab dem Jahr 2020 dürfen die Länder keine neuen Schulden machen. Offen ist in NRW noch die Frage, wie die Schuldenregel umgesetzt wird. Nachdem eine Übernahme in die Landesverfassung gescheitert war, wollen SPD und GRÜNE sie als einfaches Gesetz verankern. Sachverständige haben jetzt über den Entwurf der Landesregierung beraten (Seite 9).

Nachdem das vergangene Jahr im Zeichen der 70. Geburtstage von Land und Landtag NRW stand, feierte Nordrhein-Westfalen jetzt wieder einen 70. Jahrestag: Am 21. Januar 1947 beschloss das Lippische Landesparlament, die rund 800-jährige Selbstständigkeit Lippes aufzugeben und NRW beizutreten. Damit entstand erst das Land, wie wir es heute kennen. Das Landesparlament war beim Festakt in Detmold stark vertreten (Seiten 10 und 11).

Außerdem sprach Landtag Intern mit Janis McDavid. Er ist 24 Jahre alt, studiert Wirtschaftswissenschaften und lebt seit Geburt ohne Arme und Beine. Beim Parlamentarischen Abend der Lebenshilfe warb er dafür, Barrieren abzubauen – vor allem in den Köpfen (Seite 14). *sam*



Titelthema: 70 Jahre Rhein, Ross, Rose

NRW feiert Beitritt Lippes im Januar 1947 10-11

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam),
Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211)
884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD),
Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak
(PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU),
Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Mario Tants (PIRATEN).

Redaktionsschluss: Freitag, 27. Januar 2017, 13 Uhr

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Plenum

Debatte um den Anschlag von Berlin	3
Schnelles Internet an Schulen	4
Forschungsstandort NRW	5
Meldungen	6-7

Gesetzgebung	8
---------------------------	---

Ausschüsse

Anhörung zur Schuldenbremse	9
--	---

Aus den Fraktionen	12-13
---------------------------------	-------

Forum

Interview mit Janis McDavid	14
Die Juniorwahl vor der Wahl	15
Im Porträt: Holger Müller (CDU)	15
Kurz notiert	16

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Der Terror und die Konsequenzen

Landtag streitet über politische Lehren aus dem Anschlag von Berlin

25. Januar 2017 – Es war der bislang verheerendste islamistische Anschlag auf deutschem Boden: Am 19. Dezember 2016 steuerte der Terrorist Anis Amri auf einem Berliner Weihnachtsmarkt einen gekaperten Lkw in eine Menschenmenge und tötete zwölf Menschen. Zahlreiche wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Nach Beratungen in einer Sondersitzung sowie einer regulären Sitzung des Innenausschusses debattierte das Plenum über Konsequenzen des Anschlags. Amri war den Sicherheitsbehörden als sogenannter Gefährder bekannt gewesen.

In einer Unterrichtung rief Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** (SPD) zur Besonnenheit in der Debatte auf. Es gehe darum, gründlich und schnell aufzuklären und Konsequenzen zu

„Aufklären, Klarheit verschaffen, Konsequenzen ziehen“, forderte SPD-Fraktionschef **Norbert Römer** (SPD) und warnte vor Schuldzuweisungen vor der Aufklärung. „Die Landesregierung stellt sich der Verantwortung.“ Zur Frage der Opposition, warum Amri nicht in Haft genommen worden sei, sagte er: „Der Bundesinnenminister hat die Auffassung des NRW-Innenministeriums bestätigt.“ Die Hürden für eine

unterstütze seine Fraktion den Vorschlag der Ministerpräsidentin, einen unabhängigen Sondergutachter zu bestellen. Der islamistische Terror müsse entschieden bekämpft werden, „präventiv und repressiv“. Dabei setze man „konsequent auf rechtsstaatliche, grundrechtsschonende und sicherheitsfördernde Maßnahmen“, auf die „zielgerichtete Abwehr von Gefahren und die effektive Beobachtung und Festsetzung von Ge-



Fotos: Schälte

Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft (SPD)

Armin Laschet (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Dr. Joachim Stamp (FDP)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)

Michele Marsching (PIRATEN)

ziehen. Kraft kündigte an, dass die Landesregierung Prof. Dr. Bernhard Kretschmer, Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht an der Universität Gießen, als Sonderbeauftragten einsetzen werde. Er solle bis Mitte März ein Gutachten vorlegen und werde „völlig autark“ arbeiten. Wer dagegen jetzt schon zu wissen glaube, wo und von wem Fehler gemacht worden seien, springe zu kurz und erhöhe die Sicherheit der Menschen um „keinen Millimeter“.

CDU-Fraktionschef **Armin Laschet** (CDU) warf Kraft in einer Aktuelle Stunde vor, sie habe erneut „viele Fragen“ offen gelassen. Als Konsequenz aus dem Anschlag forderte er, sich ein Beispiel an anderen Bundesländern zu nehmen und das Landesrecht zu ändern, u. a. um die Videoüberwachung auszuweiten. Es dürfe in Deutschland „keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit“ geben. Deutlich kritisierte Laschet Innenminister Ralf Jäger (SPD) wegen dessen Aussage, die Sicherheitsbehörden seien im Fall Amri bis an die Grenze der Rechtsstaatlichkeit gegangen. Dies sei falsch. Und Jäger beschädige mit dieser Aussage den Rechtsstaat.

Abschiebung seien zu hoch gewesen. Römer forderte Entschlossenheit im Kampf gegen den Terrorismus, warnte aber auch vor einem Überbietungswettbewerb: „Sicherheitsgesetze sind kein Selbstzweck. Sie dienen der Freiheit.“

Aufklärung

Es müsse aufgeklärt werden, wie es zu einem „eklatanten Versagen der Behörden“ habe kommen können, sagte FDP-Fraktionsvize **Dr. Joachim Stamp**. Die Ministerpräsidentin habe eine Sonderermittlung torpediert, indem sie Innenminister Ralf Jäger vorab von Schuld freigesprochen habe. Zur Äußerung des Innenministers, man sei an die Grenze des Rechtsstaats gegangen, sagte Stamp: „Die Grenze des Rechtsstaats heißt: Ein Richter entscheidet über einen Haftantrag.“ Im Fall Amri habe es den aber nicht gegeben. „Wir fordern die Entlassung des Innenministers, weil er nicht bereit ist, zu den Fehlern zu stehen“, sagte Stamp.

Es sei eine „vorbehaltlose und umfassende Aufklärung“ erforderlich, sagte GRÜNEN-Fraktionschef **Mehrdad Mostofizadeh**. Deshalb

fördern“, nicht auf „fragwürdige Massenüberwachungen oder andere Placebos“.

Michele Marsching, Vorsitzender der PIRATEN-Fraktion, sprach von einem „Versagen der Sicherheitsbehörden“. Die bestehenden Gesetze hätten ausgereicht, sie seien aber nicht richtig angewendet worden. Dafür trage der Innenminister die politische Verantwortung. Das von der Landesregierung angekündigte Gutachten sei nicht akzeptabel. Marsching rief die Fraktionen von CDU und FDP dazu auf, gemeinsam mit der PIRATEN-Fraktion die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu beantragen. Für „echte Sicherheit“ seien „echte Aufklärung und echte Konsequenzen“ erforderlich.

Die fraktionslosen Abgeordneten **Dietmar Schulz** und **Daniel Schwerdt** schlossen sich der Forderung nach Einsetzung eines Untersuchungsausschusses an.

Die Aktuelle Stunde fand auf Antrag der FDP-Fraktion ([Drs. 16/14068](#)) statt. Ein Antrag der CDU-Fraktion ([Drs. 16/14014](#)) wurde mit Mehrheit abgelehnt, ein Antrag von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/14075](#)) mehrheitlich angenommen.

sam, zab, wib

Eine Frage der Geschwindigkeit

Aktuelle Stunde zum schnellen Internet in Schulen

27. Januar 2017 – Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde mit der Breitbandversorgung an nordrhein-westfälischen Schulen befasst. Einem Medienbericht zufolge verfügten 82 Prozent der Schulen lediglich über Anschlüsse mit Geschwindigkeiten von weniger als 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s), so die antragstellende CDU-Fraktion. Die Landesregierung wies die Kritik zurück.

Foto: Schälte

Die Fraktion bezog sich in ihrem Antrag („Schulen ohne Anschluss – Wie will die Landesregierung die dramatische Unterversorgung der Schulen in Nordrhein-Westfalen bei Breitbandanschlüssen beenden?“, [Drs. 16/14069](#)) auf Zwischenergebnisse einer von der Medienberatung NRW in Auftrag gegebenen Studie. Grundvoraussetzung für das Gelingen des digitalen Wandels sei eine „flächendeckende Versorgung unserer Schulen mit Internetanschlüssen, die über mindestens 50 Mbit/s verfügen“, hieß es in dem Antrag.

Für die CDU-Fraktion sagte [Klaus Kaiser](#), der Medienbericht sei „ein Armutszeugnis“ für die Landesregierung, die sich den Breitbandausbau auf die Fahnen geschrieben habe. Den Ankündigungen folgten aber keine Taten. Nur durch einen Zugang aller Schulen im Land

zum schnellen Internet werde Digitalisierung für die Schülerinnen und Schüler zum Alltag. Die digitalen Anforderungen würden in den kommenden Jahren „exorbitant steigen“. Nordrhein-Westfalen benötige daher eine „Kraftanstrengung“, damit alle Schulen über Breitbandanschlüsse verfügten. Dies sei aber mit den rot-grünen Plänen nicht realisierbar.

[Eva-Maria Voigt-Küppers](#) (SPD) sprach von einer „Mammutaufgabe, Schulen und Bildungseinrichtungen ans Netz zu bringen“. Sie wies die Kritik der CDU-Fraktion zurück: Das Land und die kommunalen Spitzenverbände hätten vereinbart, bis zum Jahr 2018 die Schulen anzuschließen. Die Kultusministerkonferenz (KMK) der Bundesländer habe sich dagegen mehr Zeit gegeben und das Jahr 2021 genannt. In der KMK-Strategie würden 50 Mbit als Ziel ge-

nannt. Voigt-Küppers ergänzte, das Land gehe über seinen Verantwortungsbereich hinaus und stelle den Kommunen Geld zur Verfügung.

[Yvonne Gebauer](#) (FDP) warf der Landesregierung vor, den Breitbandausbau „jahrelang verschlafen und verzögert“ zu haben. „Beste Bildung für alle ist unverzichtbar“, sagte sie, und dazu gehöre auch die digitale Bildung. Bei einigen Schulen bestehe aber die Gefahr, dass sie den Anschluss verlören. Diesen „Missstand“ habe Rot-Grün zu verantworten. Die Schulen seien im Unterricht auf das schnelle Internet angewiesen. Die FDP-Fraktion habe im vergangenen Jahr zwei Anträge zum Thema eingereicht und eine Glasfaseroffensive gefordert. „Wir brauchen Breitband, Sie machen Schmalspur“, hielt Gebauer Rot-Grün vor.

Glasfaseranschlüsse

[Matthi Bolte](#) (GRÜNE) sagte, der Skandal, den die Opposition suche, existiere nicht. Nordrhein-Westfalen sei beim Breitbandausbau „Spitzenreiter der deutschen Flächenländer“. Bis 2018 werde das Land eine halbe Milliarde Euro in diesen Bereich investieren. Auch werde „jede Menge“ für die digitale Bildung unternommen und dazu gehöre nicht nur die Versorgung mit schnellem Internet. Die Landesregierung habe zudem eine Glasfaserstrategie aufgelegt, in der die Versorgung der Schulen „ganz konkret“ als Ziel genannt sei. An die CDU gewandt sagte er: „Die Strategie, die Sie fordern, liegt längst vor.“

„Breitband für Schulen ist dringend notwendig“, sagte [Dr. Joachim Paul](#) (PIRATEN). Eine reine Offline-Nutzung von IT sei undenkbar vor dem Hintergrund, „dass fast alle Jugendlichen ein Smartphone mit Internetzugang in der Hosentasche haben“. Die Landesregierung habe beim Breitbandausbau zu viel Zeit verstreichen lassen. Und „die angestrebten 50 Megabit pro Sekunde wird es in NRW 2018 nicht flächendeckend geben“, sagte Paul. Auch die Forderung der CDU sei zu bescheiden: 50 Mbit reichten vielleicht für eine vierköpfige Familie. „Schulen brauchen einen eigenen Glasfaseranschluss“, sagte er.

Die angesprochene Studie liege noch nicht vor, sagte Wirtschaftsminister [Garrelt Duin](#) (SPD), die CDU-Fraktion beziehe sich lediglich auf einen Zeitungsartikel. Grundsätzlich handle es sich bei der Digitalisierung aber um ein wichtiges Thema. Allerdings sei es die Ministerpräsidentin gewesen, die es auf die Agenda der Landtagsdebatten gesetzt habe. Bei der „Gigabit-Strategie“ habe man nicht nur Gewerbegebiete und den ländlichen Raum im Blick, sondern auch Bildungseinrichtungen. Die Ausstattung der Schulen sei jedoch Sache der Kommunen als Schulträger. Das Land unterstütze sie finanziell und beratend.

sam, zab, wib

Der Stand der Forschung in NRW

Landtag diskutiert die Wissenschaftspolitik der Landesregierung

26. Januar 2017 – Unter dem Titel „Starke Forschung, starkes Land – Forschungsland NRW“ hat Wissenschaftsministerin Svenja Schulze den Landtag über ihre Wissenschaftspolitik unterrichtet. In der Plenardebatte ging es darum, wie das Land bei Forschung und Lehre aufgestellt ist – im bundesweiten und im internationalen Vergleich.

Wissenschaftsministerin [Svenja Schulze](#) (SPD) sagte: Die Investitionen in Wissenschaft und Forschung seien in sechs Jahren um 45 Prozent erhöht worden, für das laufende Jahr seien mehr als 8,4 Milliarden Euro vorgesehen. „So viel wie noch nie in der Geschichte unseres Landes.“ Ein Viertel des wissenschaftlichen Nachwuchses werde hier ausgebildet und NRW belege mit Baden-Württemberg Platz eins beim Einwerben von EU-Fördermitteln. Die Forschungspolitik sei neu ausgerichtet und die „Lösungen für die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit“ seien in den Mittelpunkt gestellt worden.

Diese Ausrichtung kritisierte [Dr. Stefan Berger](#) (CDU): Das Programm Fortschritt NRW habe in erster Linie soziale Innovationen im Blick, nicht technische. „Sie haben keine Antenne für das Thema Forschung“, warf er der Ministerin vor. NRW investiere nur 1,98 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung, das sei bundesweit der viertletzte Platz. Er forderte u. a. „eine weitreichende Hochschulautonomie, starke Hochschulpräsidien und flache Führungshierarchien“ sowie eine digitale Forschungs- und eine eigenständige Hightech-Strategie.

[Dietmar Bell](#) (SPD) wies die Kritik der Opposition zurück. Die CDU habe ein Zerrbild des Wissenschaftsstandortes NRW gezeichnet. So sei das Land bundesweit Spitze bei der Ausbildung im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Natur-

wissenschaft und Technik) und zum „Impulsgeber“ für Hochschulpolitik geworden. Allein in den Wissenschaftsstandort Aachen würden bis 2020 rund 1,6 Milliarden Euro investiert, u. a. in die dortige Hochschule und die Universitätsklinik. „Wir werden unseren Weg weitergehen für ein starkes und zukunftsfestes NRW mit einer europaweiten Spitzenleistung in Wissenschaft und Forschung.“

Investitionen

[Angela Freimuth](#) (FDP) erwiderte, die Ministerin habe das Bild eines Landes „von Milch und Honig“ gezeichnet. Die Realität sehe anders aus. So schnitten beispielsweise süddeutsche Hochschulen in internationalen Rankings besser ab als nordrhein-westfälische. Unter Rot-Grün müsse ein Professor im Schnitt 15 Studierende mehr betreuen. Dies habe Auswirkungen auf alle Beteiligten und die Wissenschaft und Forschung. „Das darf uns nicht zufriedenstellen.“ In Niedersachsen werde mehr Geld pro

Studierendem ausgegeben. Ziel müsse sein, die Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung im Land zu verbessern.

NRW sei eine der führenden Wissenschaftsregionen Europas und verfüge über eine „hervorragend aufgestellte Wissenschafts- und Forschungslandschaft“, sagte [Dr. Ruth Seidl](#) (GRÜNE). Die „enormen Investitionen“ der vergangenen Jahre in Bildung und Forschung hätten die Grundlage für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung des Landes gelegt. Kein anderes Bundesland investiere so viel in Wissenschaft und Forschung wie NRW. Sie hob die Bedeutung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Unternehmen sowie den Wissenschaftstransfer hervor. Die Zukunft Nordrhein-Westfalens liege in der „Ressource Wissen“.

Das Land Nordrhein-Westfalen verfüge mit 70 Hochschulen und 50 Forschungsinstituten über die dichteste Hochschullandschaft der Welt, sagte [Dr. Joachim Paul](#) (PIRATEN). Er erkenne die Bemühungen der Landesregierung und der Ministerin um die Hochschulen und das Forschungsland ausdrücklich an. Paul kritisierte jedoch eine „Verschulung“ der Hochschulen. Darunter leide die „Kreativitätskultur“. Dies gelte auch für den „Ranking- und Evaluierungswahn“. Es werde mehr über Anträge und Drittmittel diskutiert als über wissenschaftliche Inhalte. Kreativität und Innovation seien aber kaum messbar. *wib, zab, sam*

Forschung aus NRW: Am Münsteraner Nano-Bioanalytik-Zentrum werden die Auswirkungen kleinster Teilchen, sogenannte Nano-Partikel, auf den menschlichen Körper untersucht.

Foto: Schälte



AUS DEM PLENUM

„Zukunft der Familienpolitik“

25.1.2017 – Die Enquetekommission V des Landtags zur „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ hat nach rund zweijähriger Arbeit ihren Abschlussbericht vorgelegt. Der Bericht ([Drs. 16/14000](#)) wurde im Plenum beraten. Ziel der Kommission war es, eine Bestandsaufnahme von Erwartungen und Wünschen von Familien in Nordrhein-Westfalen sowie Vorschläge für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu machen. Dabei stand im Mittelpunkt, dass der Faktor Zeit für Familien von besonderer Bedeutung ist. Die Enquetekommission, der zwölf Mitglieder aller fünf Fraktionen sowie fünf externe Sachverständige angehört hatten, legte dazu insgesamt 169 Handlungsempfehlungen vor. Diese nehmen den Lebensalltag unterschiedlicher Familienformen in den Blick und beziehen sich u. a. auf die Vereinbarkeit von Familien-, Fürsorge- und Erwerbsarbeit, auf Wohnraum für Familien, Betreuungsangebote für Kinder, die finanziellen Rahmenbedingungen von Eltern und die Gesundheitsfürsorge. Der Landtag hatte die Einsetzung der Enquetekommission in seiner

Sitzung am 5. Dezember 2014 ([Drs. 16/7399](#)) beschlossen. Enquetekommissionen dienen der Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe. Den Gremien können sowohl Abgeordnete als auch externe Sachverständige angehören. Auf Antrag mindestens eines Drittels seiner Mitglieder ist der Landtag zur Einrichtung einer solchen Kommission verpflichtet.

Dank an Einsatzkräfte

25.1.2017 – Der Landtag hat Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten für ihren Einsatz in der Silvesternacht 2016/2017 in Köln und anderen Orten Nordrhein-Westfalens gedankt. Die Fraktionen von CDU sowie SPD und GRÜNEN hatten entsprechende Anträge eingereicht. „Die Beamtinnen und Beamten in Köln und anderen Städten haben mit ihrem großen Engagement Hunderttausenden von Menschen eine friedliche Silvesternacht ermöglicht. Dafür verdienen sie unseren Dank und unsere Anerkennung“, hieß es im Antrag der CDU-Fraktion ([Drs. 16/13944](#)). Die Polizei habe „exzellente Arbeit geleistet“. Insbesondere die starke Präsenz von Kräften der Landes- und Bundespolizei habe zum friedlichen Verlauf der Silvesternacht bei-

getragen, betonten die Fraktionen von SPD und GRÜNEN in ihrem Antrag ([Drs. 16/13998](#)). „Dass die Menschen in Köln in diesem Jahr friedlich feiern konnten und sich die Übergriffe des letzten Jahres nicht wiederholten, ist besonders dem umsichtigen und professionellen Handeln, den verstärkten Kontrollen und dem konsequenten Einschreiten der Polizei zu verdanken“, so SPD und GRÜNE. Alle Fraktionen dankten in ihren Anträgen ausdrücklich auch den anderen Ordnungs- und Rettungskräften. Der Antrag der CDU-Fraktion wurde mit Mehrheit abgelehnt, der von SPD und GRÜNEN mehrheitlich angenommen.

„Mängelmelder“

25.1.2017 – Der Landtag hat sich mit dem Antrag „Flächendeckend Mängelmelder für ortsbezogene Hinweise einrichten“ ([Drs. 16/14001](#)) der PIRATEN-Fraktion befasset. Die Fraktion regt die Einrichtung eines internetgestützten Portals an. Bürgerinnen und Bürger könnten dort auf Mängel wie Schlaglöcher, verschmutzte Spielplätze, defekte Straßenlaternen oder wilde Müllkippen hinweisen und entsprechende Fotos dazustellen. Bisher sei es oft schwierig, Ansprechpersonen für diese Anliegen zu finden. Die zuständige Behörde könne auf der Plattform eine Rückmeldung geben, „ob und wann eine Beseitigung des gemeldeten Mangels möglich ist“. Die Landesregierung solle in Abstimmung mit den Kommunen ein zentrales und landesweit anonym nutzbares Internetportal



Landtagspräsidentin Carina Gödecke hat in der Plenarsitzung am Mittwoch, 25. Januar 2017, einen neuen Abgeordneten verpflichtet. [Josef Rickfelder](#) ist bereits seit 1. Januar 2017 Mitglied des Landtags. Der CDU-Politiker aus Münster rückt für Dr. Wilhelm Droste (CDU) nach, der sein Mandat niedergelegt hatte. Rickfelder gehörte dem Landtag bereits zwischen 2010 und 2012 an.

Fotos: Schälte



einrichten oder einrichten lassen. Die Meldungen und der Stand ihrer Bearbeitungen sollten öffentlich einsehbar sein. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP abgelehnt.

Tariftreue- und Vergabegesetz

26.1.2017 – Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN hat der Landtag in zweiter Lesung Änderungen beim Tariftreue- und Vergabegesetz beschlossen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung ([Drs. 16/12265](#) und [16/14037](#)) sieht u. a. vor, dass sich der vergabespezifische Mindestlohn künftig am Mindestlohnsgesetz orientiert und mindestens 8,85 Euro beträgt. Zudem soll ein Schwellenwert in Höhe von 20.000 Euro eingeführt werden, von dem an das Gesetz anzuwenden ist. Die CDU-Fraktion hatte einen eigenen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Tariftreue- und Vergabegesetzes eingebracht ([Drs. 16/13531](#)). Kommunen und mittelständische Wirtschaft hätten es von Anfang an als „Bürokratiemonster“ kritisiert. „Insbesondere die umfangreichen Nachweis- und Kontrollpflichten des Gesetzes führen in der Praxis zu einem erheblichen bürokratischen Aufwand“, so die CDU-Fraktion. Ihr Gesetzentwurf wurde mehrheitlich abgelehnt.

Strafen für Taschendiebe

26.1.2017 – Die FDP-Fraktion fordert härtere Strafen für Taschendiebe. In ihrem Antrag

„Bürgerinnen und Bürger besser schützen: Taschendiebstahl schärfer sanktionieren“ ([Drs. 16/14011](#)) fordert sie die Landesregierung auf, unverzüglich eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen. Taschendiebstähle müssten in den Katalog der besonders schweren Fälle des Diebstahls aufgenommen werden. „Nach derzeitiger Rechtslage genießen jedoch abgeschlossene Fahrräder oder werthaltige Gegenstände in einer Ausstellungsvitrine oder gar in einem eingefriedeten Obstgarten höheren Strafrechtsschutz als unmittelbar am Körper getragene Wertsachen“, heißt es in dem Antrag. Dabei stelle der Zugriff auf oder gar in die am Körper getragene Kleidung einen „empfindlichen Eingriff in die höchstpersönliche Sphäre der betroffenen Person“ dar. Das Plenum hat den Antrag zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuss (federführend) überwiesen.

„Nahverkehr der Zukunft“

26.1.2017 – Nach rund zweijähriger Arbeit hat die Enquetekommission IV zu „Finanzierungs-

optionen des öffentlichen Personenverkehrs in Nordrhein-Westfalen im Kontext des gesellschaftlichen und technischen Wandels“ dem Landtag ihren Abschlussbericht ([Drs. 16/13950](#)) vorgelegt. Er wurde im Plenum beraten. Der Kommission gehörten zwölf Mitglieder aller fünf Fraktionen sowie fünf externe Sachverständige an. Im Mittelpunkt der Kommissionsarbeit stand die Frage, wie der öffentliche Personenverkehr an Rhein und Ruhr angesichts bestehender Finanzierungsdefizite sowie des gesellschaftlichen, demografischen und technischen Wandels zukunftsfest gemacht werden kann. In ihrem Abschlussbericht legt die Enquetekommission insgesamt 161 Handlungsempfehlungen dazu vor. Die Vorschläge beziehen sich u. a. auf die Sanierung der Infrastruktur, die staatliche Finanzierung durch Bund und Land, neue Modelle der Finanzierung sowie die Vereinfachung und Harmonisierung der Tariflandschaft in NRW und eine Erhöhung der Kundentreue durch neue digitale Angebote. Der Landtag hatte die Einsetzung der Enquetekommission in seiner Sitzung am 4. Juli 2014 ([Drs. 16/5959](#)) beschlossen.

In der Plenarsitzung am Mittwoch, 25. Januar 2017, ist ein neues Mitglied des Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen vereidigt worden. Margarete Gräfin von Schwerin (l.) war zum 1. Januar 2017 zur Präsidentin des Oberlandesgerichts Köln ernannt worden. Als eine der beiden lebensältesten Präsidentinnen/Präsidenten der Oberlandesgerichte in NRW gehört sie damit kraft Amtes auch dem obersten Gericht des Landes an. Den Eid nahm Landtagspräsidentin Carina Gödecke ab.



Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Gesetz zur Änderung des Landes-Hafenentsorgungsgesetzes | [Drs. 16/13794](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 25. Januar 2017 | Überweisung an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hilfen für Blinde und Gehörlose | [Drs. 16/13989](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 25. Januar 2017 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz NRW) | [Drs. 16/12265](#) und [16/14037](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 26. Januar 2017 | angenommen

Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13531](#) und [16/14038](#) | CDU | 2. Lesung am 26. Januar 2017 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid – Zweites Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren | [Drs. 16/14006](#) | PIRATEN | 1. Lesung am 26. Januar 2017 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge | [Drs. 16/2124](#) und [16/14040](#) | CDU | 2. Lesung am 26. Januar 2017 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen – Absenkung des Eingangsquorums des Artikel 68 Landesverfassung NW | [Drs. 16/14002](#) | PIRATEN | 1. Lesung am 26. Januar 2017 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/14017](#) | CDU | 1. Lesung am 27. Januar 2017 | Überweisung an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Gesetz zur Stärkung der Versorgung bei Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften | [Drs. 16/13702](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Ratifizierung des Staatsvertrags über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung vom 21. März 2016, zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer „Stiftung für Hochschulzulassung“ und zur Änderung des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13377](#) und [16/14024](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 25. Januar 2017 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13532](#) | CDU | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13113](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Absenkung des Wahlalters) | [Drs. 16/13313](#) | SPD, GRÜNE und PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes, des Verfassungsgerichtshofgesetzes und weiterer Gesetze | [Drs. 16/13312](#) | SPD und GRÜNE | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU AusländerInnen) | [Drs. 16/13314](#) | SPD, GRÜNE und PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenregel in das nordrhein-westfälische Landesrecht | [Drs. 16/13315](#) | SPD und GRÜNE | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Bewertung, Darstellung und Schaffung von Transparenz von Ergebnissen amtlicher Kontrollen in der Lebensmittelüberwachung | [Drs. 16/12857](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung | [Drs. 16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften | [Drs. 16/11436](#) | CDU | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Schuldenbremse - aber wie?

Sachverständige äußern sich zu Gesetzentwurf der Landesregierung

24. Januar 2017 – „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen“, schreibt Artikel 109 des Grundgesetzes vor. Ab dem Jahr 2020 dürfen die Länder daher keine neuen Schulden machen. Das Grundgesetz lässt aber Spielraum bei der Umsetzung, etwa um auf wirtschaftliche Entwicklungen reagieren zu können. Wie Nordrhein-Westfalen die Schuldenbremse konkret einführen kann, haben jetzt Sachverständige bei einer Anhörung im Landtag beraten.

Foto: Schälte

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf ([Drs. 16/13315](#)) vorgelegt, um die Schuldenbremse als einfaches Gesetz umzusetzen. Eine Aufnahme in die Landesverfassung hatte die Verfassungskommission des Landtags diskutiert, sich aber nicht darauf einigen können. Einige Sachverständige kritisierten dies jetzt.

Professor Christian Waldhoff von der Humboldt-Universität Berlin führt in seiner Stellungnahme aus, dass der Verfassungsgerichtshof bei einer einfachgesetzlichen Regelung nicht aktiv werden könne. „Die Schuldenregel in Nordrhein-Westfalen könnte ab dem Jahr 2020 durch Opposition und Verfassungsgerichtshof noch weniger auf ihre Einhaltung kontrolliert werden als zuvor“, schreibt Waldhoff. Auch der Landesrechnungshof NRW und Professor Henning Tappe von der Universität Trier forderten in ihren Stellungnahmen eine Regelung in der Landesverfassung. Die Kreditaufnahme ließe sich nicht „durch eine – etwa durch die Opposition im Landtag beantragte – abstrakte Normenkontrolle überprüfen“, schreibt Tappe. Ein Stück Verfassungsautonomie sei damit preisgegeben. Auch der Bund der Steuerzahler empfiehlt eine Verfassungsänderung: „Da eine Verfassungsänderung eine Zweidrittel-Mehr-

heit im Parlament benötigt, könnten künftige Regierungen eine wirksame Schuldenbremse nicht eigenmächtig aushebeln.“

„Möglichkeit zur Reaktion“

Professor Achim Truger von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin hingegen begrüßt in seiner Stellungnahme das Vorgehen der Landesregierung. Durch die einfachgesetzliche Regelung könne sie auf die Erfahrungen des Bundes und anderer Länder reagieren. Professor Christoph Gusy von der Universität Bielefeld sagte in der Anhörung, man müsse abwägen zwischen dem größeren Maß an Stabilität in der Landesverfassung und dem Vorteil, bei einer einfachgesetzlichen Regelung schneller reagieren zu können. Es handle sich um einen „gelungenen Kompromiss“. Dr. Sebastian Gechert von der Hans-Böckler-Stiftung stimmte zu: Die Schuldenbremse sei etwas Neues und es sei gut, reagieren zu können. Deswegen ziehe er die einfachgesetzliche Regelung der Umsetzung in der Verfassung vor. Professor Heinz-Josef Bontrup von der Westfälischen Hochschule begrüßte, dass es im Landtag keine Mehrheit für eine Verfassungsänderung gegeben hatte. Die Schuldenbremse

werde sich nicht umsetzen lassen. Er befürchtete eine „ökonomische Fehlentwicklung“.

Das Grundgesetz erlaubt den Ländern Ausnahmen von der Schuldenbremse, zum Beispiel bei einer „von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung“, wie es im Gesetzentwurf der Landesregierung heißt. Abweichungen sollen laut Gesetzesentwurf auf einem Kontrollkonto erfasst werden. Sobald die Höhe der neuen Schulden 1,5 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts überschreite, müssten sie konjunkturgerecht zurückgeführt werden.

Dr. Sebastian Gechert begrüßte die Regelung: Die Vorschriften orientierten sich an denen des Bundes und seien ein „sinnvoller Puffer“. Professor Christoph Gusy führte grundlegend aus: „Die Schuldenbremse ist kein Wert an sich“, die Handlungsfähigkeit des Staates müsse erhalten bleiben. Das bedeute auch, investitionsfähig zu sein. Aus Sicht des Landesrechnungshofes ist die 1,5-Prozent-Grenze zu hoch angesetzt, um „eine effektive Begrenzung von Kreditaufnahmen sicherzustellen“, heißt es in der Stellungnahme. Zudem fehlten gesetzliche Vorgaben, wie über dem Schwellenwert liegende Belastungen zurückgeführt werden sollten.

sam

Als Nordrhein-Westfalen

Lipper, Rheinländer und Westfalen feiern „70 Jahre“ Lippe in NRW

21. Januar 2017 – Für die Lipper war es ein großer Schritt: Am 21. Januar 1947 entschied das Lippische Landesparlament, die rund 800-jährige Selbstständigkeit des Landes aufzugeben und Teil des neu gegründeten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen zu werden. Auf den Tag genau 70 Jahre später feierten dies Landtag, Landesregierung und Landkreis mit einem Festakt im Landestheater Detmold.



Die drei Gastgeber des Festaktes: Landtagspräsidentin Carina Gödecke (l.), der Landrat des Kreises Lippe, Dr. Axel Lehmann, und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

Die Briten hatten Nordrhein-Westfalen erst im August 1945, also wenige Monate zuvor, mit dem Zusammenschluss der ehemals preußischen Provinzen Nordrhein und Westfalen gegründet. Lippe, einst u. a. Fürstentum und nun Freistaat, stellten sie vor die Wahl: Werdet Teil von Niedersachsen oder von Nordrhein-Westfalen. Nach harten Verhandlungen waren es dann die Zugeständnisse der Rheinländer und Westfalen, die entscheidend für den damaligen lippischen Ministerpräsidenten Heinrich Drake waren: Lippe wurde Teil von NRW – zu Rhein und Ross gesellte sich die lippische Rose auf die nordrhein-westfälische Landesflagge.

Und so konnten rund 400 Gäste in Detmold „70 Jahre Lippe in NRW“ feiern – wenige Monate nach dem 70. Geburtstag von Landtag und Land NRW. Beim Festakt im Landestheater war dabei viel von den „Eigenheiten und Eigenarten“ der Lipper zu hören, die sich mit den Lippischen Pikturationen, dem damaligen Verhandlungsergebnis, viel Freiraum ausgehandelt hatten. So blieb das lippische Vermögen unangetastet. Dennoch waren sich die Gastgeber des Abends in ihren Reden einig: Rheinländer, Westfalen und Lipper haben in den vergangenen 70 Jahren zusammengefunden.

„Ein Glücksfall für NRW“

Landtagspräsidentin Carina Gödecke gratulierte Lippe im Namen aller 237 Abgeordneten des Landesparlamentes. Sie sagte: „Seit 70 Jahren gehören Rhein, Ross und Rose zusammen. Der Zusammenschluss, wie ihn der Landtag am 5. November 1948 auch gesetzlich besiegelte, war ein Glücksfall für Lippe und für ganz Nordrhein-Westfalen. Damals wurden die Weichen für eine gesicherte Zukunft Lippes und für die

Fotos: Schälte



eine Rose erhielt



Rund 400 Gäste waren ins Landestheater gekommen, darunter viele Abgeordnete des Landtags.



Durch den Abend führte Judith Rakers, hier im Gespräch mit Landrat Dr. Axel Lehmann.



Die Landtagspräsidentin gratulierte im Namen aller Abgeordneten.



Die „Groophoniks“ sangen u. a. ein Lied von Robbie Williams.



Opersänger Christoph Stephinger.

Vielfalt des ganzen Landes gestellt, wie wir sie niemals mehr missen möchten.“

Und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft betonte: „70 Jahre Lippe in Nordrhein-Westfalen geben uns Grund zur Dankbarkeit und Grund zum Feiern. Der 21. Januar 1947 war ein echter Glückstag in unserer NRW-Geschichte. Erst mit Lippe ist NRW komplett.“

Es habe nicht viel gegeben, was die drei Regionen 1947 verbunden habe, sagte Landrat Dr. Axel Lehmann. Heute aber könne man den Briten sagen: „Well done (gut gemacht).“ Rheinländer, Westfalen und Lipper seien eine Partnerschaft auf Augenhöhe eingegangen – und: „Es ist etwas Positives erwachsen. Unsere

Vielfalt, die uns stark macht. NRW ist weltoffen, bunt und tolerant.“

Dies zeigte sich auch im Musikprogramm des Abends. Das Symphonische Orchester des Landestheaters Detmold unter der Leitung von Generalmusikdirektor Lutz Rademacher spielte Beethoven, Lortzing und Brahms. Mit dem Chor „Groophonik“ und Stücken u. a. von Robbie Williams wurde es dann aber auch noch rockig im Landestheater. Durch den Abend führte ARD-Moderatorin Judith Rakers („Tagesschau“), die sich – wie konnte es anders sein – als Lipperin offenbarte: geboren in Paderborn, aufgewachsen in Bad Lippspringe.

wib

Ausstellung im Landtag

Die Jubiläumsfeierlichkeiten zu „70 Jahre Lippe in NRW“ waren bereits am 10. Januar 2017 im Landtag eingeleitet worden. Dort erinnerte eine Ausstellung an den Beitritt vor sieben Jahrzehnten, die Landtagspräsidentin Carina Gödecke, Vizepräsident Eckhard Uhlenberg und die Verbandsvorsteherin des Landesverbandes Lippe, Anke Peithmann, eröffneten. „Ohne Lippe wäre unser Land heute weniger vielfältig, weniger liebens- und lebenswert, weniger bunt“, sagte die Landtagspräsidentin in ihrer Rede. Sie erinnerte auch an die Verhandlungen

zwischen dem lippischen Landespräsidenten Heinrich Drake und dem ersten NRW-Ministerpräsidenten Dr. Rudolf Amelunxen. Der Anschluss an NRW sei die „große Lebensleistung“ Drakes gewesen. Auch an sein Schaffen erinnerte die Ausstellung.

Sie wurde vom Landesverband Lippe zusammen mit dem Landesarchiv NRW (Regionalstelle Detmold) und dem Lippischen Landesmuseum konzipiert.

AUS DEN FRAKTIONEN

Tariftreue- und Vergabegesetz: Gut, fair und gerecht

Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen gelten seit dem Jahr 2012 mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz klare Spielregeln für Unternehmen: Sie müssen im Ausschreibungsverfahren die Einhaltung von ökologischen, sozialen und ethischen Standards nachweisen. Dies setzt klare Anreize für Unternehmen, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen, wenn sie aus Steuergeldern finanzierte Aufträge erhalten möchten.

„Das ist gut, fair und gerecht“, sagt Michael Hübner, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW. „Aber unser Anspruch ist es, auch Gutes weiter zu verbessern.“



Michael Hübner (SPD)

Deshalb haben wir Änderungen am Tariftreue- und Vergabegesetz vorgenommen und stellen die Gute Arbeit mit der Harmonisierung des Mindestlohns in den Mittelpunkt. Denn wer hart arbeitet, verdient auch einen gerechten Lohn. Dies fordern wir von den Unternehmen ein. Wir stärken damit gerechte Gehälter und eine faire Wirtschaft. Mit dieser Änderung im Tariftreue- und

Vergabegesetz setzen wir ein deutliches Zeichen gegen Lohndumping und für faire Bezahlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen“, so Hübner und ergänzt: „Genauso fordern wir von den Unternehmen die Einhaltung der Frauenquote.“

Die Wirtschaft sieht Hübner in der Anwendung des Gesetzes als zentralen Partner an der Seite der SPD. „Deshalb haben wir die Frist einer Nachweispflicht für Unternehmen von drei auf maximal fünf Werkstage ausgeweitet. Dies ist gerecht und fair den bietenden Unternehmen gegenüber, denn sie setzen die von uns geforderte Gute Arbeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in ihren Betrieben um. Daher werden wir auch die Nachweispflicht für Unternehmen einfacher und anwenderfreundlicher mit der Einführung eines einheitlichen Siegelsystems gestalten. Mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz stehen wir für Gute Arbeit in einer fairen Wirtschaft.“ ■



Spitzengespräch zur Zukunftsbranche Chemie



Die chemische und pharmazeutische Industrie ist eine Schlüsselindustrie für Nordrhein-Westfalen. 11 Prozent aller Industriearbeitsplätze und 22 Prozent des Gesamtumsatzes der nordrhein-westfälischen Industrie gehören landesweit zur Chemie. „Diese Zukunftsbranche für Nordrhein-Westfalen ist ein Zugpferd der wirtschaftlichen Entwicklung“, resümierte

der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet im Anschluss an einen Gedankenaustausch mit dem Vorstand des Landesverbands der Chemischen Industrie Nordrhein-Westfalen e.V.

Die Chemie brauche zugleich aber mehr politische Unterstützung. Industriearbeitsplätze seien in Nordrhein-Westfalen vor allem durch hohe Energiekosten und langwierige Genehmigungsverfahren bedroht. „Priorität der Landespolitik in den nächsten Jahren muss es sein, den Industriestandort Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu sichern“, so Laschet. Diese Aufgabe müsse von der Landesregierung in ihrer Gesamtheit angegangen werden.

„Umso mehr fällt auf, dass die Industriepolitischen Leitlinien des Wirtschaftsministers nicht vom ganzen Kabinett verabschiedet wurden. Wir erwarten, dass sich die ganze Landesregierung zur Industriepolitik bekennt. Das Schweigen gefährdet Arbeitsplätze, Wohlstand und Gestaltungsspielräume für unser Land.“ ■

Die Landtagsfraktion CDU



Die Landtagsfraktion
CDU

Schulpolitischer Kongress 2017: Individuelle Lernzeiten und Bildungswege

Jedes Kind lernt anders und im eigenen Tempo. Wie kann Schule dem gerecht werden? Und was konkret bedeuten individuelle Lernzeiten und Bildungswege? Diese und andere Fragen standen im Mittelpunkt des schulpolitischen Kongresses, den unsere schulpolitische Sprecherin, Sigrid Beer, ins Leben gerufen hat. Knapp 200



Interessierte, darunter Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen tauschten sich mit Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis aus. Zu Gast war außerdem Schulministerin Sylvia Löhrmann. Wir GRÜNE wollen die alte, alleinige Ausrichtung an der Strukturfrage G8 oder G9 überwinden und das Kind und seine individuelle Förderung in den Mittelpunkt stellen. Demnach sollen Schüler*innen an Gymnasien und Gesamtschulen nach acht, neun oder zehn Jahren Abitur machen können. Keine Schule muss dafür ihre Schulentwicklung zurückdrehen.

Den Teilnehmer*innen des schulpolitischen Kongresses wurden zahlreiche, erfolgreiche Beispiele solch individueller Förderung an Gymnasien, Gemeinschafts- und Gesamtschulen vorgestellt. Dass individuelle Förde-

rung wirkt, zeigen die Erfolge und Leistungen der Schüler*innen dieser Schulen beim Zentralabitur. Entscheidend ist ein Schulkonzept, dass zum einen die Talente der Schüler*innen stärkt und zum anderen bei ihren Schwächen differenziert mit Förderung ansetzt. Dabei lernen Schüler*innen u.a. auch und qualifiziert eigenverantwortliches Lernen. Die Lehrkräfte der Schulen berichten - bei allen Herausforderungen - von dem großen Mehrwert, den sie aus ihrer Arbeit im Team ziehen. ■



FDP-Fraktion startet mit Optimismus ins neue Jahr

Mit Optimismus und einem Besucherrekord ist die FDP-Landtagsfraktion ins neue Jahr gestartet. Mehr als 1.600 Gäste kamen zum traditionellen gemeinsamen Neujahrsempfang von Landtagsfraktion und Landesverband der Freien Demokraten in NRW in Düsseldorf – so viele wie nie zuvor. Im Mittelpunkt standen die Themen Innere Sicherheit, Bildung und ein starkes Europa.

Angesichts der mangelnden Bereitschaft von Innenminister Jäger, politische Verantwortung für die zahlreichen Pannen in seiner Amtsführung zu übernehmen, forderte Fraktionsvize Joachim Stamp Ministerpräsidentin Kraft auf, Jäger zu entlassen. „Es geht um die Sicherheit in NRW.“ Der Fraktionsvorsitzende Christian Lindner unterstrich, dass das Verhalten von Innenminister Jäger zu einem Vertrau-

ensverlust in die Politik führe. Deswegen sei er nicht mehr im Amt zu halten. Lindner sprach sich zudem für mehr Mut und Entschlossenheit in der Politik aus: „Wenn die Probleme größer werden, darf das Denken nicht kleiner werden.“ Dennoch erteilte er den reflexartigen Ruf nach schärferen Gesetzen eine Absage. Lindner: „Wir



brauchen keine schärferen Gesetze, solange die alten nicht umgesetzt werden.“

Angela Freimuth, stellvertretende Vorsitzende und wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion, forderte die weltbeste Bildung für NRW: „Wir wollen jungen Menschen die Chance geben, ihre Talente zu entfalten.“ Christian Lindner forderte auch eine bessere Zusammenarbeit in Europa. Ein Appell, den der luxemburgische Premierminister Xavier Bettel unterstützte: „Wir dürfen Europa nicht von Populisten kaputt machen lassen!“ Ein Motto, das nicht nur für 2017 gilt. ■



Verkehrspolitik für NRW: Mit Bus und Bahn in die Zukunft

Im Sommer 2014 hat die Piratenfraktion die Enquetekommission zur „Finanzierung, Innovation und Nutzung des Öffentlichen Personenverkehrs“ initiiert. Unter dem Vorsitz unseres Abgeordneten Oliver Bayer hat die Kommission 2 Jahre an der verkehrspolitischen Zukunft NRW gearbeitet. Mehr als 100 Experten haben die Arbeit der Kommission unterstützt.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Es geht weit über die übliche parlamentarische Arbeit im Bereich ÖPNV hinaus. Jetzt kommt es darauf an, wie die Ergebnisse in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden. Leider hatten die anderen Fraktionen nicht den Mut, am Ende noch wirkungsvollere und kreative Finanzierungsoptionen zu empfehlen. Wir Piraten denken einen Schritt voraus und wollen die Möglichkeiten der neuen und innovativen

Finanzierungsinstrumente im Sinne der Fahrgäste nutzen.

Das intelligenteste Modell ist das Bürgerticket. Wenn alle einen geringen Pflichtbeitrag leisten, kann jeder Bus und Bahn fahrscheinfrei nutzen. Im Kern wollen wir Bus und Bahn fahrscheinfrei, damit der Öffentliche Nahverkehr für alle finanzierbar und attraktiv wird und massiv ausgebaut werden kann. Das ist keine Spinnerei, sondern das umsetzbare Mobilitätskonzept der Zukunft.

Außerdem muss die Politik dafür sorgen, dass die Verkehrsbetriebe zu zukunftsfähigen Mobilitätsdienstleistern werden, die vom autonomen Fahren bis zu vernetzten Verkehrsmitteln die Chancen der Digitalisierung nutzen.



Oliver Bayer (PIRATEN)

In der nächsten Legislaturperiode werden dazu die entscheidenden Weichen gestellt. Die Grundlagen und Empfehlungen dazu haben wir in der Enquetekommission erfolgreich erarbeitet.

Die Piraten haben dazu parallel eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Wir bieten Lösungen, denn unser Gutachten zeigt, wie Bus und Bahn fahrscheinfrei in NRW umsetzbar ist. Die drei Modellkommunen erhalten einen konkreten Fahrplan in die Zukunft des Nahverkehrs. ■



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW

„Vom Ziel her denken“

Interview mit Motivationsredner Janis McDavid

20. Januar 2017 – Janis McDavid aus Bochum ist 25 Jahre alt, studiert Wirtschaftswissenschaften und lebt seit Geburt ohne Arme und Beine. Sein größtes Hobby sind Reisen, häufig auch Fernreisen. Beruflich kann er sich vorstellen, andere Menschen zu motivieren, das Beste aus ihrem Leben zu machen. In der heutigen Wissensgesellschaft steche einfach die beste Idee, sagt er, es spiele keine Rolle, ob man Arme und Beine habe. Sein Ziel ist es, Barrieren abzubauen – vor allem in den Köpfen. McDavids Plädoyer: Nicht nach Problemen, sondern nach Lösungen fragen.

Herr McDavid, Sie leben sehr selbstbestimmt. Sie verreisen und fahren selbst Auto. Beim Parlamentarischen Abend der Lebenshilfe im Landtag haben Sie davon berichtet, wie Sie Ihr Leben gestalten. Warum ist das spannend für andere Menschen?

McDavid: Weil viele Menschen aufgrund der Tatsache, dass ich keine Arme und Beine habe, erst einmal davon ausgehen, dass ich vieles nicht kann. Das ist eine normale Reaktion: Man stellt sich vor: Was mache ich alles mit meinen Armen und Beinen? Das heißt, wenn man mich nicht kennt, hat man wahrscheinlich eine bestimmte Vorstellung davon, wie mein Leben aussieht. Und ich glaube, genau diese Vorstellung sprengt mich. Weil ich mich nie damit zufriedengegeben habe, irgendwelchen Vorstellungen anderer Menschen gerecht zu werden oder mich dadurch einschränken zu lassen. Sondern ich habe das Gegenteil getan. Ich habe immer geschaut: Was ist möglich, was kann ich machen? Mein Ziel ist es immer gewesen, und das fand ich unheimlich spannend, genau das zu tun, was man am wenigsten von mir erwartet, und meine Grenzen auszureizen – aus Eigeninteresse. Ich wollte nie, dass meine körperliche Situation sich zu einer „Behinderung“ entwickelt, die mich an etwas hindert.

Sie sagen: „Ich bin nicht behindert. Ich werde behindert.“ Was meinen Sie damit?

Mein Ziel ist es, immer die Möglichkeit hinter jeder Grenze zu entdecken. Dabei werde ich natürlich das eine oder andere Mal durch rein physische Barrieren eingeschränkt. Ein Lieblingsrestaurant mit zwei Stufen am Eingang oder eine Fluggesellschaft, die meinen Rollstuhl nicht mitnimmt, bremsen mich aus. Solche Einschränkungen gibt es für viele Menschen, für Ältere oder auch für Eltern mit Kinderwagen. Wir bauen in unserer Gesellschaft immer noch oft Barrieren auf, die uns davon abhalten, noch mehr zu erreichen. Eine Stufe ist nicht gottgegeben – dahinter steckt jemand, der sie gebaut hat und der nicht darüber nachgedacht hat. Das führt uns zu den dahinter liegenden Barrieren: den Barrieren im Kopf. Vorstellungen etwa, dass Rollstuhlfahrer beispielsweise nicht alleine ins Restaurant gehen wollen. Oder auch die Vorstellung, dass mir weniger zuzutrauen ist. Auch Hemmschwellen, Berührungsängste, die Angst vor Fettnäpfchen. Es gibt bei mir aber keine.



Janis McDavid

Im täglichen Leben begegnen Sie vielen Barrieren, baulicher Art und in den Köpfen. Wie gelingt es, statt auf Hindernissen und Schwierigkeiten auf Möglichkeiten und Chancen zu blicken?

Irgendwann hatte ich eine Schlüsselerkenntnis: In dem Augenblick, in dem ich mich auf das Positive in meinem Leben fokussiere, habe ich ein positives Leben. Natürlich könnte ich mich auch über jede Stufe ärgern. Aber es führt zu nichts, anderen ist damit nicht geholfen, und es ändert sich nichts.

Deshalb ist mein Fokus: Was kann ich verändern? Wenn ich es schaffe, die Möglichkeiten zu sehen und vom Ziel her zu denken, habe ich ein besseres, weil bewussteres Leben.

Welche Eigenschaften und Fähigkeiten sind von Bedeutung für ein selbstbestimmtes, motiviertes Leben?

Ich habe ein unheimliches Streben danach, besser zu werden und mich nicht damit zufriedenzugeben, was ich schon erreicht habe. Genau davon spreche ich vor Publikum: Ich gehe spielerisch heran: Wie weit kann ich meine Möglichkeiten ausreizen? Kreativität und Selbstbewusstsein sind ein Aspekt, Humor und Lebensfreude ebenso. Und das ist lernbar, eine Frage der inneren Haltung. Ich setze mir meine Ziele realistisch, habe im Hinterkopf stets die Vision – möglichst so weit weg und so spannend, dass es sich auch lohnt, dorthin zu gehen.

Das Interview führte Sonja Wand

„Mut machen“

... war das Motto beim Parlamentarischen Abend der Lebenshilfe im Dezember 2016 im Landtag. Im Mittelpunkt standen innovative Arbeitsmodelle für Menschen mit einer geistigen Behinderung sowie ein Gespräch mit dem Motivationsredner Janis McDavid (2. v. r., siehe Interview oben). Eingeladen hatten Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Uwe Schummer MdB (l.), Vorsitzender der Lebenshilfe NRW. Durch den Abend führte der Botschafter der Lebenshilfe NRW, Manni Breuckmann.

Foto: Schälte



Porträt: Holger Müller (CDU)



Den Entschluss, für den NRW-Landtag zu kandidieren und damit aus seinem bisherigen Hobby Politik seinen Beruf zu machen, fasste Holger Müller an einem Morgen im Herbst 2004 auf dem Weg vom Badezimmer zum Frühstückstisch. Der damals 57-jährige war mit den Vertretern seiner Partei, der CDU, die sich um einen Sitz im Landesparlament bewarben, nicht glücklich und beschloss zu früher Morgenstunde, es selbst zu versuchen. Als erstes informierte er seine Frau, anschließend die örtlichen Parteigremien und wenige Wochen später wurde der Tourismusexperte und Manager am Flughafen Köln/Bonn als Kandidat der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis aufgestellt und im Mai 2005 in den Düsseldorfer Landtag gewählt.

Bis dahin war Müller nahezu ausschließlich in der Kommunalpolitik aktiv gewesen, in seiner Heimatgemeinde Rösrath und im Kreistag in Bergisch Gladbach, in den er bislang neun Mal direkt gewählt wurde. Dabei war der in der Dorfgemeinschaft überall engagierte Müller eher durch Zufall zur Politik gekommen. Als Jungendlicher galt sein ganzes Interesse dem Sport und dabei in erster Linie dem Fußball. Während seines Jura-Studiums in Köln Ende der 1960er-Jahre sprach ihn eines Tages ein führender CDU-Politiker seiner Heimatgemeinde an und forderte ihn auf, er müsse jetzt in Rösrath einen Ortsverband der Jungen Union (JU) ins Leben rufen. Aber er habe doch gar keine Ahnung von Politik, hielt ihm Müller entgegen, doch das ließ der CDU-Mann nicht gelten: „Du machst das schon.“

Nach seinem Motto „Ganz oder gar nicht“ war Müllers Aufstieg in der Politik von da an unaufhaltsam. Schon nach zwei Jahren war er JU-Vorsitzender in seinem Heimatkreis, 1975 wurde er Vizechef der CDU im Rheinisch-

Bergischen Kreis, gehörte von 1975 bis 2004 mit fünfjähriger Unterbrechung dem Rat in Rösrath an und engagierte sich bei den Jungen Christdemokraten auf europäischer Ebene. Beruflich hatte sich Müller nach dem abgeschlossenen Jurastudium als Touristikkaufmann selbstständig gemacht, der größte Teil der Freizeit gehörte dem Sport, aktiv als Fußballer bei Union Rösrath und als Jugendtrainer, passiv als Vereinsvorsitzender, Fan des 1. FC Köln und der deutschen Fußballnationalmannschaft, der er bereits neun Mal zu Weltmeisterschaften gefolgt ist, „auf eigene Kosten“, wie er in seiner Muttersprache Kölsch versichert.

Im Landtag kann er „aufgrund einer glücklichen Fügung“, wie er selbst sagt, die Hobbys Sport und Politik miteinander verbinden. Müller sitzt im Sportausschuss und ist sportpolitischer Sprecher seiner Fraktion, pflegt die Beziehungen zum Landessportbund und kämpft dafür, dass dem Schulsport die notwendige Bedeutung zugemessen wird. In den Stundenplänen stünden zwar 3 Sportstunden, gegeben würden allerdings im Durchschnitt nur 2,1. Fachlehrer für Sport gebe es in den ersten Klassen fast überhaupt nicht und daran habe sich, so klagt Müller, in den letzten Jahren nichts geändert, egal, welche Partei die Schulministerin stellte. Dabei sei die Notwendigkeit, schon bei den jüngsten Schülern sportliche Tätigkeiten zu fördern, bei Medizinern und Pädagogen unbestritten.

„Einmal in die Südsee“

Bei der nächsten Landtagswahl am 14. Mai dieses Jahres tritt Müller wieder als Direktkandidat der CDU an, mit dann fast 70 Jahren der älteste seiner Partei im ganzen Land. Probleme sieht Müller dabei nicht: „Meine Altersklasse ist die größte geschlossene Wählergruppe im ganzen Land.“ Wenn er wiedergewählt wird, will er sich neben seinen ständigen Themen Sport und Kommunalpolitik stärker den Problemen seiner Generation widmen. Es gebe viele über 65-Jährige, die wie er nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben nicht den ganzen Tag zu Hause sitzen wollten, ist Müller überzeugt. Die Menschen wollten noch etwas tun und das nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen. Der Einstieg in die sogenannte Flexi-Rente weist nach seiner Überzeugung in die richtige Richtung.

Unabhängig vom Ausgang der Landtagswahl möchte sich der ehemalige Touristikkaufmann noch einen Wunsch erfüllen, zu dem ihm bislang die Zeit fehlte. „Ich möchte einmal in die Südsee reisen, da bin ich noch nie gewesen. Und wenn ich gesund bleibe, mache ich das auch.“

Peter Jansen

Schulprojekt zur Landtagswahl 2017

Der Landtag NRW und die Landeszentrale für politische Bildung unterstützen gemeinsam die „Juniorwahl 2017“. Jugendliche an 200 weiterführenden Schulen werden sich bei dem Projekt im Vorfeld der Landtagswahl am 14. Mai 2017 intensiv mit den Themen Demokratie, Partizipation und Wahlen beschäftigen. Nach der Vorbereitung im Unterricht werden sie an ihren Schulen eine Wahl organisieren und ihre Stimme abgeben. Das Ergebnis der „Juniorwahl“ wird am 14. Mai 2017 nach Schließung der Wahllokale veröffentlicht.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke, die auch Schirmherrin der „Juniorwahl 2017“ ist, sagte zum Startschuss Ende Januar: „Demokratie lebt vom Mitmachen. Deshalb ist es uns ein besonderes Anliegen, junge Menschen für Politik zu begeistern. Bei der ‚Juniorwahl‘ erhalten Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, demokratische Prozesse praktisch kennenzulernen und einzuüben. Politik wird für junge Menschen damit ganz konkret.“

Unterricht und Wahlakt

Träger der Juniorwahl ist der gemeinnützige und überparteiliche Verein Kumulus aus Berlin. Er organisiert seit 1999 Juniorwahlen im Vorfeld von Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Ziel ist, Jugendliche auf ihre künftige Partizipation innerhalb des politischen Systems vorzubereiten. Sie sollen demokratische Verantwortung und Teilhabe an politischen Prozessen erleben und einüben. Seit 1999 haben sich nach Angaben von Kumulus 3.800 Schulen sowie 1,8 Millionen Schülerinnen und Schüler an Juniorwahlen beteiligt.

Das Schulprojekt steht auf den zwei Säulen des Unterrichts und des Wahlakts in der Woche vor der Landtagswahl. Den Schulen werden didaktisches Begleitmaterial für den Unterricht sowie Hilfestellungen für die Organisation der Wahl zur Verfügung gestellt. Am 1. März 2017 findet im Landtag zudem eine Fortbildungsveranstaltung für die beteiligten Lehrerinnen und Lehrer statt.

Die ersten 200 Schulen, die ihre Bewerbungen eingereicht haben, erhalten den Zuschlag. Schulen können ein elektronisches Anmeldeformular nutzen: www.juniorwahl.de oder sich per E-Mail bewerben: kontakt@juniorwahl.de. Zudem ist eine telefonische Bewerbung möglich: 0180-1234 0180.

Weitere Informationen zur „Juniorwahl“: www.kumulus.de

Kurz notiert

Thema Kita

Wie sieht die Kindertagesstätte der Zukunft aus? Unter dieser Leitfrage stand der Parlamentarische Abend der Arbeiterwohlfahrt NRW (AWO) am 24. Januar 2017. Landtagspräsidentin Carina Gödecke begrüßte gemeinsam mit der AWO-Landesvorsitzenden Britta Altenkamp (MdL) zahlreiche Gäste. Die Landtagspräsidentin würdigte das Engagement der AWO NRW: „Eines bildet immer die Klammer um das bald 100-jährige Engagement der Arbeiterwohlfahrt: das Eintreten für Solidarität, Toleranz, Freiheit und Gerechtigkeit.“

Päpstliche Ehrung

Der Erste Vizepräsident des Landtags, Eckhard Uhlenberg, ist von Papst Franziskus zum Komtur des Ordens vom Heiligen Papst Gregor dem Großen ernannt worden. Der Paderborner Erzbischof Hans-Josef Becker überreichte dem Vizepräsidenten den Orden am 9. Januar 2017. Die Auszeichnung wurde Uhlenberg für seinen vorbildlichen Einsatz zum Wohl der Kirche verliehen. Der Orden des Heiligen Gregors des Großen ist eine der höchsten Auszeichnungen, die der Papst an Laien verleiht. Er wurde 1831 von Papst Gregor XVI. gestiftet und erhielt seinen Namen nach Papst Gregor I. (Papst von 590 bis 604), der den Ehrentitel „der Große“ trägt. Der Gregoriusorden wird für besonderes ehrenamtliches Engagement in katholischen Institutionen und aufgrund persönlicher Verdienste verliehen.

„Was damals Recht war“

Im Landtag ist noch bis 12. Februar 2017 die Ausstellung „Was damals Recht war ... Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas zu sehen. Im Zentrum stehen einzelne Fallgeschichten von Personen, die im Sinne der NS-Ideologie als „Deserteure“ abgeurteilt wurden, sowie von Kriegsdienstverweigerern und sogenannten Wehrkraftzersetzerinnen sowie Angehörigen des Widerstands in besetzten Gebieten, die von deutschen Kriegsgerichten verurteilt wurden. Die Ausstellung porträtiert zudem die Militärrichter und thematisiert ihr Handeln im System sowie ihre Karrieren nach 1945. Die Ausstellung ist wochentags von 9 bis 18 Uhr, samstags und sonntags von 11 bis 17 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei. Es wird um vorherige Anmeldung gebeten unter Tel.: 0211-884 2129 oder per E-Mail: veranstaltungen@landtag.nrw.de. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de.

Gestorben

- 2.1. Eberhard Sohns (SPD/80)
MdL 1990-2000
- 20.1. Walter Bieber (SPD/68)
MdL 1995-2000

Sternsinger zu Gast im Landtag

15 Sternsinger aus Düsseldorf haben Gottes Segen in den Landtag gebracht. Landtagspräsidentin Carina Gödecke begrüßte sie in der Bürgerhalle. Die Sternsinger schrieben den Segensspruch „20*C+M+B+17“ über die Türen des Besucherzentrums, des Empfangsraums und des Plenarsaals. Das Sternzeichen symbolisiert den Stern, dem die Heiligen Drei Könige gefolgt sind. Er ist zugleich das Zeichen für Christus. Die Buchstaben „C+M+B“ stehen für die lateinischen Worte „Christus Mansionem Benedicat“ (Christus segne dieses Haus). Die drei Kreuze bezeichnen den Segen „Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes“, die Zahlen das aktuelle Jahr. Im Anschluss besuchten die Mädchen und Jungen die Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP und PIRATEN und baten auch dort um Spenden für bedürftige Kinder.

Foto: Schälte

